

BESCHLUSSPROTOKOLL

über die öffentliche Sitzung des Ortschaftsrates Lindorf vom 12.07.2021
im Bürgerhaus in Lindorf (Oberboihinger Straße 33)

Beginn: 19:00 Uhr Ende: 21:50 Uhr

§§ 41 – 48 öffentlich

ANWESENHEIT

Vorsitz

Ortsvorsteher Dr. Alexander Forkl (stimmberechtigt)

Mitglieder

Ortschaftsrat Albrecht Ellwanger
Ortschaftsrätin Christine Forkl-Kruschina
Ortschaftsrat Burkhardt Horr
Ortschaftsrat Klaus Pesl
Ortschaftsrätin Heike Schiller-Glunde
Ortschaftsrat Thomas Wachsmann ab 19:03 Uhr vor Beschlussfassung § 42 ö
Ortschaftsrätin Birgit Zimmermann
Ortschaftsrätin Petra Zink

Entschuldigt

Ortschaftsrat Dr. Julian Feinauer aus privaten Gründen verhindert

Verwaltung

Oberbürgermeister Dr. Pascal Bader
Erster Bürgermeister Günter Riemer
Herr Niklas Kelemen (Kultur) zu § 42 ö

Schriftführer/in

Frau Jasmin Kögel (Gremien und Öffentlichkeitsarbeit)

Bekanntgabe von Beschlüssen

Aus der nichtöffentlichen Sitzung des Ortschaftsrates Lindorf vom 10.05.2021 sind keine Beschlüsse bekannt zu geben.

§ 42 öffentlich

OR LI 12.07.2021
OROE/2021/004

**Mietkonditionen für die Vermietung des Neubaus der
Eduard-Mörrike-Mehrzweckhalle**

Gesetzliche Anzahl Stimmberechtigter: 10
Anwesende Anzahl Stimmberechtigter: 9

Beim Ortschaftsratsrat Ötlingen wird beantragt:

Beschluss

Der Antrag erhält keine Mehrheit bei

0 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
6 Enthaltungen
0 Nicht abgestimmt

Zustimmung zu den Mietkonditionen für die Eduard-Mörrike-Mehrzweckhalle, wie in der Anlage 1 zur Sitzungsvorlage OROE/2021/004 dargestellt.

**Fortschreibung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes
der Stadt Kirchheim unter Teck
- Beschlussfassung**

Gesetzliche Anzahl Stimmberechtigter: 10

Anwesende Anzahl Stimmberechtigter: 9

Beim Gemeinderat wird beantragt:

Beschluss

Der Antrag erhält eine Mehrheit bei

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
0 Nicht abgestimmt

1. Zustimmung zur Fortschreibung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes der Stadt Kirchheim unter Teck mit dem darin enthaltenen Handlungskonzept, wie in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2021/077 dargestellt.
2. Beitritt der Stadt Kirchheim unter Teck zum 3. Klimapakt Baden-Württembergs.
3. Zustimmung zur Erhöhung des Ziels zum Ausbau von Photovoltaik auf 31.800 MWh bis 2030.
4. Auftrag an die Verwaltung, ab 2022 in Sitzungsvorlagen die Auswirkungen auf den Klimaschutz, nach dem im Klimaschutzkonzept vorgeschlagenen Verfahren, aufzuzeigen.

§ 44 öffentlich

OR LI 12.07.2021
GA/2021/003

**Flächennutzungsplan 2035 der vereinbarten
Verwaltungsgemeinschaft Kirchheim unter Teck,
Dettingen unter Teck, Notzingen
- Reduzierung der Fläche D-09 Hungerberg**

Gesetzliche Anzahl Stimmberechtigter: 10
Anwesende Anzahl Stimmberechtigter: 9

Der Ortschaftsrat nimmt Kenntnis von der Sitzungsvorlage GA/2021/003.

§ 45 öffentlich

OR LI 12.07.2021
GR/2021/083

**Änderung der Satzung über die Entschädigung der
nach § 15 der GemO bestellten ehrenamtlich Tätigen
- Anpassung der Entschädigung für
Wahlhelferinnen und Wahlhelfer**

Gesetzliche Anzahl Stimmberechtigter: 10
Anwesende Anzahl Stimmberechtigter: 9

Der Ortschaftsrat nimmt Kenntnis von der Sitzungsvorlage GR/2021/083.

§ 46 öffentlich

OR LI 12.07.2021
IWU/2021/023

**Bericht zum sozialen Wohnungsbau in
Kirchheim unter Teck zur Beantwortung des
Antrags der Grünen-Fraktion vom 19.04.2021**

Gesetzliche Anzahl Stimmberechtigter: 10

Anwesende Anzahl Stimmberechtigter: 9

Der Ortschaftsrat nimmt Kenntnis von der Sitzungsvorlage IWU/2021/023.

Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten110,
112,
230,
2321. Erweiterung des Lindorfer Kindergarten Eichwiesen

OR Pesl (LBL) geht auf den Kindergartenanbau am Kindergarten Eichwiesen ein. Bereits 2019 sei die Beschlussfassung im Ortschaftsrat Lindorf erfolgt. Inzwischen habe man das Jahr 2021 und es sei noch nichts geschehen. Er wisse, dass die Planungen für den Anbau stehen und deshalb möchte er wissen, warum es derzeit die Verzögerungen gebe. Im Jahr 2018 habe man eine Anschlussunterbringung in Lindorf belegt. Dort seien Familien mit kleinen Kindern eingezogen, die eigentlich in den Kindergarten gehen sollten. Für diese Kinder gebe es derzeit aber keine freien Plätze im Lindorfer Kindergarten und deshalb müssten sie nach Ötlingen in den Halden-Kindergarten. Die Eltern haben jedoch keine Möglichkeit, ihre Kinder dorthin zu bringen. Zudem müssen die Eltern zum Deutschunterricht nach Kirchheim unter Teck gehen. Hier habe man eine Anschlussunterbringung gebaut, aber die notwendige Infrastruktur wurde nicht geschaffen.

OV Dr. Forkl (LBL) führt aus, dass der Anbau nach den Sommerferien 2021 ursprünglich fertig gestellt werden sollte. Die aktuelle Planung sehe inzwischen vor, dass der Anbau 2022 nach den Sommerferien bezogen werden könne. Für die Verzögerungen gebe es verschiedene Gründe. Am Kindergarten seien die Anbaumaßnahmen derzeit noch nicht ersichtlich. Die Maßnahme habe sich auch verzögert, weil es Einsprüche der Anwohner gegeben habe, zu denen das Regierungspräsidium Stellung nehmen musste. Zudem sei es aktuell sehr schwierig, für den Tiefbau entsprechende Firmen zu finden. Auch in der Verwaltung gebe es in diesen Bereichen zu wenig Personal.

OR Horr (LBL) erklärt, dass in Kirchheim unter Teck die Firma Feess ansässig sei. Dennoch schaffe es die Verwaltung nicht, die Firmen vor Ort einzubinden.

OR Wachsmann (LBL) ergänzt, dass es derzeit die Situation gebe, dass ansässige Firmen nicht einmal mehr Angebote auf Ausschreibungen einreichen. Die derzeitige Situation am Markt sei so noch nie da gewesen. Überall gebe es Bauvorhaben, die nicht ausgeführt werden können, weil die Kapazitäten nicht vorhanden sind. Auch die Preisspanne sei nicht mehr greifbar.

OB,
EBM,
OVLI,
220,
223,
230,
234,
235,
240,
243,
244,
350,
351,
352

2. Diskussion zum Hochwasserschutz des Ortschaftsrats Lindorf

OR Ellwanger (LBL) möchte wissen, ob es auch für den Ortschaftsrat die Möglichkeit gebe, zu diesem Thema Stellung zu nehmen.

OV Dr. Forkl (LBL) erklärt, dass dies unter Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten diskutiert werden könne.

OVLI,
230,
234,
235

3. Gemeinschaftsurnengrab auf dem Lindorfer Friedhof

ORin Forkl-Kruschina (LBL) merkt an, dass das Urnengrab auf dem Friedhof nach wie vor nicht gepflegt sei. Die Bürgerinnen und Bürger zahlen hierfür Geld, deshalb sollte die Pflege vorausgesetzt werden können.

OVLI

4. Kompostwerk

ORin Forkl-Kruschina (LBL) erklärt, dass sie viele Beschwerden erreicht haben, dass das Kompostwerk starken Geruch verursache, vor allem in den Abendstunden.

OR Pesl (LBL) habe telefonisch die Rückmeldung bekommen, dass sie sich dem Problem annehmen werden. Inzwischen habe er auch gehört, dass es technische Probleme an zwei Rottehallen gebe. Er ergänzt, dass der Landkreis der Träger des Kompostwerks sei.

OR Wachsmann (LBL) findet es enorm, dass man in Lindorf gesetzlos sei, wenn man vom Emissionsschutzgesetz spreche. Es gebe von vielen Seiten große Beeinträchtigungen durch Emissionen. Lindorf bekomme den Staub der Firma Feess, den Gestank der Firma Waggerhauser und den Geruch des Kompostwerks ab. Das Kompostwerk übernehme jedoch keinerlei Schuld oder Verantwortung. Diese Emissionen seien jedoch untragbar, da dies die Lebensqualität beeinträchtige. Die Stadt Kirchheim unter Teck müsse hier mehr unternehmen, dass so etwas nicht passiere, auch wenn der Landkreis der Träger sei.

OV Dr. Forkl (LBL) erklärt, dass es Vorgaben und Gesetze zu Geruchsbelästigungen gebe. Bei den Geruchsbelästigungen gebe es die Vorgabe, dass sie 15 Prozent der Zeit nicht überschreiten dürfen. Dies sei jedoch ein formaler Aspekt. Den Weg zu gehen und das Ganze überprüfen zu lassen, sei sehr aufwendig.

EBM Riemer führt aus, dass die Zuverlässigkeit der Maschinen aufgrund ihres Alters dort abnehme und dass die Maschinen deshalb immer häufiger außer Betrieb genommen werden. Am besten sei eine direkte Anfrage im Kompostwerk.

OB,
EBM,
OVLI,
220,
223,
230,
234,
235,
240,
243,
244,
350,
351,
352

5. Hochwasser- und Starkregenereignisse im Juni 2021

Auf die Anlage zum Protokoll (PowerPoint-Präsentation Hochwasser- und Starkregenereignis) wird verwiesen.

OB Dr. Bader erläutert, dass das Büro Walter und Corbe eine Starkregengefahrenkarte für die Gebiete Ötlingen und Lindorf erstellt habe. Das Büro habe zudem bestätigt, dass das Unwetter deutlich über einem hundertjährigen Ereignis gelegen habe. Alleine durch die Niederschlagsmenge habe es sich sogar eher um ein 1000-jährliches Ereignis gehandelt. Die gesetzlichen Grundlagen gehen immer von einem HQ 100 aus. Auch die rechtlichen Förderprogramme von Bund und Land seien darauf ausgelegt. Er gehe davon aus, dass sich auch der rechtliche Rahmen der Bauvorschriften irgendwann in die Richtung HQ 100 plus Klimaschutzfaktor bewegen werde. Wenn ein solches Ereignis alle paar Jahre vorkomme, müsse man darüber nachdenken, ob die Auslegung der Kanalisation und von Dämmen in der aktuellen Form ausreichend sei. Heute Vormittag habe ein entsprechendes Gespräch mit der Firma Walter und Corbe stattgefunden. Es gebe derzeit zwar noch keine konkreten Maßnahmen, dennoch werde jetzt eine entsprechende Gefahrenkarte erstellt. Darauf aufbauend können entsprechende Maßnahmen geplant werden. Dazu gehören auch einfache Maßnahmen, wie eine Böschung höher oder tiefer legen. Weiter geht er auf die einzelnen Bereiche in Lindorf ein. Im Brühl sei das Wasser aus der Kanalisation gekommen. Außerdem seien die Wassermassen an vielen Stellen von den Wiesen und Wäldern direkt auf die Straße gelaufen. Es mache Sinn, mit Maßnahmenvorschlägen zu kommen und diese dann vor Ort mit den Anwohnern zu diskutieren und zu besprechen. Heute solle hierfür der Auftakt sein. Es sei sicher keine einfache Aufgabe, da das Wasser ringsherum in den Ort hinein geflossen sein. Man habe jetzt deutlich gesehen, dass diese Ereignisse immer wieder vorkommen.

EBM Riemer ergänzt, dass er und OB Dr. Bader sowohl am 23.07.2021 als auch am 25.07.2021 während des Starkregenereignisses in Lindorf und Ötlingen vor Ort waren. Das Unwetter sei die Vorstufe zu einem Tornado gewesen. Beim letzten Unwetter im Juni 2021 habe es mehr Regen gegeben, als beim Unwetter 2018. Zudem sei der Hagel der entscheidende Faktor gewesen.

OR Pesl (LBL) erklärt, dass die beiden Unwetterereignisse unterschieden werden müssen. Am Mittwoch sei es ein Hagelgewitter gewesen, wodurch die Kellereingänge mit Hagel verstopft wurden. Freitags habe es dann starken Regen gegeben und deshalb sei es zu Überläufen gekommen. Im Brühl seien die Gräben vollgelaufen, weil diese nicht gemäht waren. Er habe beispielsweise eine Fremdfirma abgefangen, um mit dem Bagger die Gräben frei zu räumen. Er lobt die Lindorfer Bevölkerung. Bürgerinnen und Bürger, die kein Hochwasser hatten, haben den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern geholfen.

EBM Riemer führt aus, dass die Verwaltung geplant habe, den Sachverhalt in der Novembersitzung dem Gemeinderat vorzulegen. Er ergänzt, dass die Kanalisation nicht die Aufgabe habe, vor Hochwasser zu schützen sondern lediglich das Wasser abzuleiten. Diese Maßnahmen müssen an einer anderen Stelle umgesetzt werden. Es gebe die Regelung, dass man in die Gebäude eine Rückstauklappe einbauen müsse, damit man sich vor Hochwasser schützen könne. Die einschlägigen Normen seien damals im

Jahr 1980 bereits dieselben gewesen.

OVLI 6. Verantwortlichkeiten bei der Gemeinschaftsschuppenanlage

ORin Forkl-Kruschina (LBL) erkundigt sich nach den Verantwortlichkeiten bei der Gemeinschaftsschuppenanlage. Sie möchte wissen, ob diese der Stadt gehöre. Vor vielen Jahren habe es geheißen, dass die Zielgruppe Wiesenbesitzer seien, die Lagermöglichkeiten benötigen. Die Anlage sollte außerdem nicht für Auswärtige zur Verfügung gestellt werde. Sie sei von einem auswärtigen Bürger angesprochen worden, der Interesse an einem Teil hätte. Auf der Stadt habe sie bereits nachgefragt, aber hier konnte ihr niemand eine Auskunft geben.

OR Ellwanger (LBL) führt aus, dass diese Anlage einer GbR gehöre.

OR Wachsmann (LBL) ergänzt, dass die Stadt ein Grundstück zur Verfügung gestellt habe, auf dem mehrere Personen gemeinsam auf eigene Kosten eine Schuppenanlage errichtet haben.

OVLI,
220,
221 7. Schallschutzwand Autobahn

ORin Forkl-Kruschina (LBL) habe sich den Lärmaktionsplan angeschaut. Bisher sei ihr nicht bewusst gewesen, dass die Zähringer Straße vom Lärm voll betroffen sei. Daraufhin habe sie recherchiert und gelesen, dass die Wirkung der Schallschutzwand nachlasse, sobald sie Löcher oder andere Beschädigungen habe. Sie habe sich dann mit Herrn Struck (Stadtplanung) in Verbindung gesetzt und dieser habe ihn an Herrn Deger (Bürgerdienste, Sicherheit und Ordnung) verwiesen. Herr Deger (Bürgerdienste, Sicherheit und Ordnung) habe dann eine Begehung gemacht. Was jetzt geschehe, wisse sie noch nicht. Die Wand bewege sich nach außen. Dies habe ihr auch eine Nachbarin bestätigt, da von Jahr zu Jahr immer mehr Dächer in Ötlingen zu sehen sind. Somit setze sich die Wand im Laufe der Jahre.

Einwohner/innen fragen - die Verwaltung antwortetOB,
EBM,
OVLI,1. Hochwasser- und Starkregenereignis

Ein Einwohner, als sachkundiger Einwohner hinzugezogen, zeigt auf, was im Zuge des letzten Starkregenereignisses passiert ist. Vor drei Jahren hatte man in Lindorf dasselbe Problem und daraufhin habe es eine Anwohnerinformationsveranstaltung gegeben. Damals habe die Verwaltung zugesagt, dass ein Ingenieurbüro beauftragt werde, um ein Gutachten erstellen zu lassen. Damit sollte aufgezeigt werden, wie es weiter gehe und welche Maßnahme gemacht werden müssen. Dies habe sich jetzt verzögert und es gebe sicher verschiedene Erklärungen hierfür. Jedoch werde man nicht nur in Kirchheim unter Teck von den Unwettern und den Klimaveränderungen eingeholt. Deshalb könne das Gutachten und die entsprechenden Maßnahmen nicht noch weiter verschoben werden. Man müsse aktiv Maßnahmen umsetzen, damit solche Situationen wie im Juni verhindert werden können. Er berichtet, dass der Entwässerungsgraben wieder nicht gemäht war. Kurz vor dem Unwetter habe er die Stadtverwaltung bereits angeschrieben, mit der Bitte, den Graben zu mähen. Jedoch sei das Unwetter zuvor gekommen. Sechs bis sieben Haushalte hatten deshalb Hochwasser.

Ein Einwohner, hinzugezogen als sachkundiger Einwohner, geht auf das Hochwasser 2018 ein. Danach habe im Februar 2019 die Informationsveranstaltung stattgefunden. Damals wurde gesagt, dass ein Monitoring durchgeführt werde und eine Begehung mit Fachleuten gemacht werde, damit innerhalb eines Jahres Maßnahmen umgesetzt werden können. Er möchte wissen, ob es dieses Gutachten bereits gebe oder ob damit begonnen wurde. Weiter erkundigt er sich, ob überhaupt jemand befragt wurde.

Eine Einwohnerin, hinzugezogen als sachkundige Einwohnerin, führt aus, dass sie aufgrund der zu geringen Kanalisation die ganzen Wassermassen abbekommen habe. Im Jahr 1983 haben sie vorschriftsgemäß gebaut. 33 Jahre hatten sie kein Hochwasser und inzwischen laufe bei jedem Unwetter der Keller voll. Auch zwei gekaufte leistungsstarke Pumpen seien nicht ausreichend.

Ein Einwohner, als sachkundiger Einwohner hinzugezogen, fasst zusammen, dass man für die Gutachtenerstellung einen Zuschuss benötige. Um die Maßnahmen umzusetzen, bedarf es vermutlich noch größere Zuschüsse. Er möchte wissen, wie die Verwaltung die Förderungen zeitlich einschätze. Er frage sich, ob das Land die Stadt Kirchheim unter Teck hier unterstützen werde.

OB Dr. Bader führt aus, dass es unterschiedliche Maßnahmen geben werde. Einfache Maßnahmen könne der städtische Bauhof selbst ausführen und wenn es um größere Maßnahmen gehe, gebe es die Förderrichtlinie Wasserwirtschaft, die die Stadt sicher nutzen werde. Möglicherweise könne die Stadt Kirchheim unter Teck davon profitieren, dass sie aufgrund des Hochwassers überall bekannt sei. Bei der Fortsetzung der

Starkregengefahrenkarten habe die Stadt die Förderzusage bekommen. Mit der Argumentation der häufigen Starkregenereignisse werde die Stadt auf das Land zugehen. Weiter möchte er wissen, ob der Rechen in Lindorf komplett offen gewesen sei.

OR Pesl (LBL) erläutert, dass der Rechen offen war. Hier sei auch kein Geäst heruntergekommen, sondern lediglich Gras und Dreck. Es wäre zu überlegen, ob man oberhalb des Friedhofs nicht ein Regenrückhaltebecken baue, um den Föhrenweg zu entlasten. Man könnte unter Umständen eine Leitung zur Reuderner Straße ziehen und auf zwei Wegen ableiten.

OV Dr. Forkl (LBL) ergänzt, dass es in Leinfeldern ein System gebe, mit dem man gezielt das Wasser aufstauen und langsam weiterleiten könne. Hier müsse man auch die Empfehlung des Büros Walter und Corbe abwarten. Wichtig ist, dass alle Informationen der Bürgerinnen und Bürger an ihn weitergeleitet werden, damit alle Informationen gebündelt werden können.

Eine Einwohnerin, hinzugezogen als sachkundige Einwohnerin, geht darauf ein, dass das Wasser aus Richtung der Firma Waggerhauser abgelaufen sei. Die Ursache hierfür liege weiter oben. Der Rechen hingegen bringe nicht viel.

ORin Forkl-Kruschina (LBL) geht auf den Wall an der Autobahn ein. Dieser Wall sei eine versiegelte Fläche, der beispielsweise aus Abbruchhäusern bestehe. Das Wasser dort sei bis heute noch nicht abgelaufen. Sie gehe davon aus, dass dies an dem Wall liege. Sie spreche sich dafür aus, dass dort gezielte Abläufe geschaffen werden, damit das Wasser langsam abfließen könne. Auf der anderen Straßenseite bei der Firma Hagleitner gebe es einen offenen Bach. Eine Anwohnerin habe ihr erzählt, dass es dort früher einen Tunnel gegeben habe. Möglicherweise habe ein früherer See dort seinen Abfluss. Dieser müsse vielleicht vergrößert werden, damit das Wasser unter der Autobahn schneller abfließen könne. Eine Lindorfer Bürgerin habe ihr einen Bericht geschrieben, was in dem Wall enthalten sei, der vom Wald bis zum Kompostwerk gehe. Dort könne kein Wasser durchlaufen. Sie bittet zu prüfen, ob dort Drainagen gelegt werden können.

Auf die Anlage (nö) zum Protokoll wird verwiesen.

OV Dr. Forkl (LBL) ergänzt, dass ein weiterer Bürger dies ebenfalls berichtet habe.

OR Ellwanger (LBL) geht darauf ein, dass ein Vergleich der Starkregenkarten von 2021 und 2018 interessant wäre. Er gehe davon aus, dass die Problemfelder im Wesentlichen dieselben seien. Zum Thema Eigenvorsorge führt er aus, dass dies bereits 2018 thematisiert wurde. Seit 2018 spreche er das Thema Hochwasser in jeder Ortschaftsratssitzung an. EBM Riemer habe damals zwar öffentlich gesagt, dass sich die Bürgerinnen und Bürger über die Bebauungspläne hinwegsetzen können, wenn sie ihre Häuser vor Hochwasser schützen sollen. Jedoch stellt sich für ihn die Frage, was passieren werde, wenn EBM Riemer für diesen Bereich einmal nicht mehr zuständig sein werde. Ihm wäre es lieber, wenn die Maßnahmen auch offiziell erlaubt wären. Er frage sich, ob das hier das richtige Vorgehen sei. Außerdem sei es die ureigentliche Aufgabe von Kommunen, so etwas zu koordinieren.

EBM Riemer gibt OR Ellwanger (LBL) recht. Die Koordination sei auch Teil

der Vorsorge. Vor diesen Dimensionen werde die Stadt die Bürgerinnen und Bürger nicht schützen können, jedoch könne mit Sicherheit ein wenig Abhilfe geschaffen werden. Private Maßnahmen sollen künftig von der Stadt koordiniert werden. Weiter geht er darauf ein, dass wenn die Autobahn verschiedene Durchflüsse hätte, die Situation noch schlimmer wäre. Das Wasser müsse gezielt durchgeführt werden. Entweder müsse ein Rohr durchgebohrt werden oder an der aktuellen Stelle Wasser durchgelassen werden.

Ein Einwohner, hinzugezogen als sachkundiger Einwohner, erläutert, dass sich in den letzten acht bis zehn Jahren einiges verändert habe. Früher habe es auf den Äckern und Wiesen am Wasserreservat klein parzellierte Landwirtschaft gegeben. Inzwischen sei dort alles eben und festgewalzt, weil es der Biogasproduktion diene. Bevor sich das Wasser auf seiner Wiese sammle, komme bereits ein Sturzbach herunter. Hier reiche ein starkes Gewitter und dann komme der gesamte Dreck mit dem Regen mit. Ein paar Meter weiter gebe es ein Vogelschutzgebiet. Er schlägt vor, dass die Stadtverwaltung an die Regierung oder den Städtetag herantrete, damit an die Produzenten Vorgaben gemacht werden. Eine Querbewirtschaftung wie es früher der Fall war, könnte Abhilfe schaffen.

EBM Riemer ergänzt, dass insbesondere der Maisanbau ein Problem sei.

Ein Einwohner, hinzugezogen als sachkundiger Einwohner, erläutert, dass der Graben vollgelaufen ist und häufiger gemäht werden müsse. Die gefährdeten Bereiche in Lindorf seien überall bekannt. Deshalb müsse man zusammen sitzen und darüber diskutieren. EBM Riemer habe von einer einfachen Aufgabe gesprochen. Wenn man das ganze Leben nur mit einfachen Aufgaben zu tun hätte, wäre das langweilig. Der Hochwasserschutz sei eine anspruchsvolle Aufgabe und die sollte zeitnah angegangen werden. 2018 wurde bereits darüber gesprochen und seither ist nichts passiert. Bei den Wassermassen, wie sie im Video zu sehen waren, bringe auch eine Rückstauklappe nichts mehr. Wenn man vorher alle Einrichtungen überprüft hätte, wäre es auch nicht schlecht gewesen. Wenn man bereits jetzt wisse, dass es an der Leistungsfähigkeit der Gräben fehle, könne man dieses Problem zügig angehen.

OR Wachsmann (LBL) führt aus, dass wenn man die Karte anschau, sehe man dass Lindorf wie in einem Trichter liege. Am Dupiggraben sei ein Überlaufbecken installiert, das jedoch nur bedingt funktioniere. Er sei der Meinung, dass man keinen Experten aus Schlierbach hinzuziehen müsse. Er denke, dass man dies mit öffentlichen Maßnahmen in den Griff bekommen müsse. Schnelles Handeln sei ebenfalls sehr wichtig. Zusätzliche brauche es aber auch private Maßnahmen, die getroffen werden müssen. 1983 sei er mit dem Studium fertig gewesen. Damals habe schon die Vorschrift DIN 1986 gegolten. Darin wurde geregelt, dass das Regenwasser nicht an die Hauskanalisation außerhalb der Rückstauklappe angeschlossen werden solle. Damals habe man meistens auch eine Außentreppe gemacht. Es gebe private Maßnahmen, um die Außentreppe zu überdachen, so dass dort kein Wasser mehr hineinkomme. Außerdem können Lichtschächte abgedichtet und druckfeste Fenster eingebaut werden. Man müsse privat Vorsorge treffen, da dies die öffentliche Hand für solche Starkereignisse nicht könne. Jeder habe für sein Grundstück Vorsorgemaßnahmen zu treffen. Sein Appell richte sich dahin, dass der Trichter schnell entwässert werde, so dass das Wasser sich gar nicht in der Mitte sammeln könne.

OB Dr. Bader fügt hinzu, dass Hochwasserschutz eine Gemeinschaftsaufgabe sei. Bei den Gräben beispielsweise müsse die Stadt ihre Maßnahmen umsetzen. Gleichzeitig brauche es aber auch eigene Maßnahmen.

OR Pesl (LBL) schlägt vor, als Sofortmaßnahme an den kritischen Punkten in Lindorf Sandsäcke zu deponieren. Dadurch haben die Betroffenen schnellstmöglich die Möglichkeit, auf Sandsäcke zurück zu greifen.

EBM Riemer antwortet, dass die Organisation der Ausgabe von Sandsäcken auch mit auf der Agenda stehe. Wenn Sandsäcke an Sammelstellen gelagert werden, bekomme man Probleme mit Diebstahl. Sandsäcke seien jedoch auch Teil der Eigenvorsorge und der Prävention.

Ein Einwohner, hinzugezogen als sachkundiger Einwohner, erklärt, dass man für bestimmte Vorsorgemaßnahmen zuhause sein müsste. Wenn man im Urlaub ist, dann könne man nicht kurzfristig reagieren.

ORin Zink (LBL) spricht sich dafür aus, dass zeitnah ein Maßnahmenkatalog mit kurzfristigen Maßnahmen erstellt werde, beispielsweise, dass der Bauhof und ansässige Baufirmen parat stehen, um Gräben frei zu baggern oder Rechen zu ziehen.

OB Dr. Bader erklärt, dass bereits am Freitag alle Beteiligten bereit gestanden haben.

OR Horr (LBL) möchte wissen, ob das THW ebenfalls im Einsatz gewesen sei.

OB Dr. Bader bestätigt dies.

EBM Riemer merkt an, dass es schön wäre, wenn die Vorhersage so exakt wäre, dass man genau wisse, wo man Maßnahmen durchführen müsse. Am Montag nach den beiden Starkregenereignissen seien alle Beteiligten, Feuerwehr, Bauhof, Baufirmen usw., parat gestanden und dann habe es trotz Vorhersage nicht so stark geregnet. Dies könne sich die Stadt nicht immer leisten. Ein Katastrophenschutz- und Einsatzplan werde im Moment erarbeitet.

OR Pesl (LBL) bittet darum, dass wichtige Telefonnummern im Feuerwehrmagazin deponiert werden.

EBM Riemer erklärt, dass die Telefonnummern zur Verfügung gestellt werden können. Er bittet darum, dass alle Videos und Fotos an Frau Yurtalan von der Stadtverwaltung geschickt werden, damit diese an das Büro Wald und Corbe zur Auswertung weitergeleitet werden können.

ORin Schiller-Glunde (LBL) geht auf die Verkehrssituation in der Oberboihinger Straße am Mittwoch ein. Es habe sehr viele Autofahrer gegeben, die von der Autobahn herunter geleitet wurden und einen befahrbaren Weg gesucht haben. Zum einen werden dabei die Rettungswege zugemacht und jedes vorbeifahrende Auto verursache die nächste Welle, die dann wieder in den Keller schwappe.

EBM Riemer berichtet, dass die Verkehrswege auch in solchen Fällen

eindeutig seien. Im Ernstfall müssen auch Straßen gesperrt werden.

Ein Einwohner, hinzugezogen als sachkundiger Einwohner, erläutert, dass die Reaktionsweise der Feuerwehr und von allen weiteren Beteiligten sehr gut sei. Er möchte wissen, wie die zeitliche Schiene für das weitere Vorgehen aussehe und wer Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger ist, die proaktiv mithelfen wollen.

EBM Riemer erklärt, dass die Videos und Fotos in der Verwaltung gesammelt und weiter verteilt werden. Informationsveranstaltungen werden voraussichtlich im Herbst stattfinden. Jeder Bürger könne eine E-Mail an OV Dr. Forkl (LBL) schreiben, wenn er zentral informiert werden möchte.

OB Dr. Bader fasst zusammen, dass die Verwaltung Maßnahmen und Vorschläge entwickeln und auf dieser Basis mit den Lindorfer Bürgern ins Gespräch gehen werde.

Gez.
Kögel

Hinweis
Anlage zum Protokoll – Vergabeberichte Mai/Juni 2021 (ö)